

AL INFO

www.al-zh.ch


Hortqualität. Die HortnerInnen der Stadt Zürich wehren sich gegen einen Qualitätsabbau. Vorstandsmitglied Isabel Maiorano beleuchtet die Hintergründe auf

Seite 4



Bildungsinitiative.

AL Kantonsrätin Judith Stofer ist Mitglied im Initiativkomitee der Bildungsinitiative und erklärt, warum wir die Initiative unterschreiben sollen auf

Seite 5

Wahlen am 9. Februar 2014

AL – die Alternative mit Biss!

Niklaus Scherr | **Am 9. Februar 2014 werden in Zürich, Winterthur und Dietikon Stadt- und Gemeinderat neu gewählt.**

Nach dem sensationellen Erfolg bei der Stadtratsersatzwahl steigt die AL Zürich mit Zuversicht in den Wahlkampf. Wir wollen den Sitz von Richi Wolff verteidigen und im Gemeinderat zulegen.

Stadtratsmandat verteidigen.

Richard Wolff kam im zweiten Wahlgang bei tiefer Stimmbetei-

ligung auf 27'550 Stimmen. 2010 schaffte es Daniel Leupi mit 33'163 Stimmen als Neunter. Wir müssen also die 27'550 halten und mindestens 6'000 Nicht- und Noch-nicht-Richi-WählerInnen dazugewinnen. Natürlich ist 2014 das allgemeine Gedränge grösser und es kommt neu die innerlinke Konkurrenz dazu. Doch unsere Chancen stehen nicht schlecht. Richi tritt als Bisheriger an, sein Name ist bekannt, er hat sich eigenständig, ohne Support einer grossen Partei, in zwei Wahlgängen durchgesetzt. Und es gibt, nicht nur bei der Linken, viele Wählerinnen und Wähler, die im Sinn einer «gauche plurielle» neben SP und Grünen auch die AL mit ihrem spezifischen Input und ihrem Biss in der Exekutive sehen wollen.

Gemeinderatssitze gewinnen.

2010 kam die AL auf 3'500 Wählerinnen und Wähler resp. stadtweit auf 4.2% und in unserer Hochburg 4/5 auf stolze 13.2%. Wir erzielten Faktionsstärke (5 Sitze) und verfehlten einen sechsten Sitz nur knapp um 130 Stimmen. Hier die Zahlen, wenn wir wachsen wollen: Bei gleicher Stimmbeteiligung brauchen wir für 6 Sitze mindestens 3'630, für 7 Sitze 4'290 und

für 8 Sitze 4'950 Wählerinnen und Wähler. Unverbesserliche Optimisten können die Liste natürlich noch weiter fortsetzen...

Wahlausschuss bereits an der Arbeit.

Nach einer Retraite Mitte Juni hat der neunköpfige Wahlausschuss unter Leitung von Walter Angst seine Arbeit bereits aufgenommen. Daneben kümmert sich die Findungskommission (Vorsitz Niggi Scherr) um die Zusammenstellung der Listen und führt Gespräche mit Interessierten. An der Vollversammlung vom 24. September sollen die SpitzenkandidatInnen in den neun Wahlkreisen bestimmt und am 22. Oktober die vollständigen Listen verabschiedet werden.

KandidatInnen gesucht!

Um in allen Wahlkreisen mit vollen Listen anzutreten, brauchen wir 125 Frauen und Männer. Kandidierende, die an der Spitze mit Aussicht auf eine Wahl antreten, aber auch viele andere, die weiter hinten kandidieren, um die AL persönlich zu unterstützen. Es sind noch Plätze frei: Anmeldungen nimmt das Sekretariat (sekretariat@al-zh.ch) oder Niggi Scherr (scherr@al-zh.ch) gerne entgegen.

Die AL sammelt bis am 9. August Unterschriften fürs Referendum Lagerstrasse.





Richi Blättler ist Mitglied des Vorstands der AL Zürich

AL Mitgliederversammlung

Hitzige Statutendebatte

Richi Blättler | **Ausgiebige Debatten setzte es an der gut besuchten GV vom 25. Juni 2013 zu Statutenänderungen ab.** Nachdem die AL seit kurzem auch eine Bezirksrichterin und einen Stadtrat hat, wollte der Vorstand sich in den Statuten die Kompetenz erteilen lassen, in einem Reglement die Mandatsabgaben generell zu regeln. Zu Misstönen kam es um die Frage, ob eine künftige Regelung durch den Vorstand beschlossen oder ob sie im Detail von der Mitgliederversammlung diskutiert und verabschiedet werden soll. Schliesslich verfehlte der Antrag des Vorstandes hauchdünn das erforderliche Zwei-Drittels-Mehr.

So bleibt vorerst alles beim Alten. Der Vorstand wird die Mandatsabgaben – 33% für Parlamentarier, 10% für die übrigen Ämter sowie Spezialregelungen für Justizmandate – weiterhin pro Wahlgeschäft festlegen. Und dabei selbstverständlich für Transparenz besorgt sein.

Angenommen wurde die Streichung der Bestimmung, dass alle Vorstandssitzungen für Mitglieder öffentlich zugänglich sind. Dafür wurde dem Vorstand die Aufgabe erteilt, seine Sitzungsdaten auf der Website zu publizieren, damit sich Mitglieder jederzeit mit Ideen, Fragen und Anträgen an den Vorstand wenden können.



Für die Initiative für mehr Demokratie (Fakultatives Wahlrecht für Ausländer/-innen) wurde die Ja Parole beschlossen. Alle übrigen Parolen werden an der VV im August behandelt und auf der Webseite publiziert.

Generationenwechsel in der AL

Dayana Mordasini | **An der Mitgliederversammlung vom 25. Juni 2013 wurde ein neuer Vorstand gewählt.** Mit Till Kleisli, Marco Medici und Stefan Wyss stellten sich lediglich drei Bisherige zur Wiederwahl. Niklaus Scherr, Manuela Schiller, Ernst Joss, Kaspar Bütikofer und Antonia Maino gaben ihren Rücktritt bekannt. Die Gründe dafür sind je individuell verschieden (berufliche Belastung, altersbedingtes Ausscheiden, Bedürfnis nach Aktivitätspause). Die Neuen im Vorstand sind: Richi Blättler, Anna Klieber und Isabel Maiorano.

Mit Niggi Scherr und Manuela Schiller sind zwei politische Schwergewichte und zentrale Köpfe der AL zurückgetreten. Bei-

de haben unglaublich viel Zeit und Engagement für die AL investiert. Ihr Rücktritt bringt zweifellos einen spürbaren Knowhow-Verlust, zugleich aber auch die Chance, mit frischem Wind die Dinge anzupacken. An der ersten Vorstandssitzung vor der Sommerpause hat der Vorstand als erstes die Aufgaben und Verantwortlichkeiten neu definiert und auf seine Mitglieder aufgeteilt, damit sowohl gegen innen wie aussen klar ist, wer in Zukunft wofür zuständig ist. Dieser Prozess ist noch nicht abgeschlossen, gilt es doch, in die Aufgaben hineinzuwachsen. Sowohl die drei Bisherigen wie auch die drei Neuen sind motiviert und ich bin überzeugt, dass sie die Alternative Liste erfolgreich durch die nächsten Wahlen bringen werden.



Der neu gewählte Vorstand (oben) und die drei neuen Vorstandsmitglieder im vertieften Gespräch an der AL-Mitgliederversammlung (unten).



Dayana Mordasini führt das AL Sekretariat

ALBUCHTIPP

Dayana Mordasini empfiehlt



Christian Müller und Daniel Straub: Die Befreiung der Schweiz – Über das bedingungslose Grundeinkommen. Limmatverlag. *Limmatverlag.*

ISBN 978-3-85791-673-1. Jeder in der Schweiz wohnhafte Mensch soll ein Existenz sicherndes Grundeinkommen erhalten, das nicht an Auflagen geknüpft ist – darum bedingungslos. Wer arbeitet, bekommt es nicht zusätzlich, das Grundeinkommen ist sozusagen der Sockel des Lohns, der Teil, den jeder auch ohne Arbeit bekommt. Wer würde dann noch arbeiten? Die meisten! Allerdings dürfte sich jeder die Frage erlauben, welche Art von Arbeit. Die Autoren zeigen, dass es nicht um ein zentralisiertes Verwaltungssystem geht, die Vorteile der Marktwirtschaft werden beibehalten, lediglich die Verantwortung wird dezentral in die Hände der einzelnen Menschen gelegt. Es geht um Freiheit und um die Frage, wie viel Freiheit der Einzelne den anderen zugestehen will.



Verein Monetäre Modernisierung: Die Vollgeld Reform. Wie Staatsschulden abgebaut und Finanzkrisen verhindert werden können. Edition Zeitpunkt 2013. ISBN: 978-39523955-0-9.

Der Verein Monetäre Modernisierung sieht die gravierendste Fehlfunktion des heutigen Finanzsystems darin, wie Geld entsteht und in Umlauf gebracht wird. Das Geldwesen, Herz des Finanzsystems, soll in den Dienst am gesellschaftlichen Gemeinwohl gestellt werden. Heute wird die Geldversorgung der Wirtschaft durch private Banken gesteuert. Sooft sie einen Kredit vergeben, schöpfen sie Geld – Geld, das es effektiv nicht gibt. Das Buch erläutert diesen Mechanismus mit seinen verheerenden Folgen – Finanzblasen, Verschuldung, Inflationsgefahr etc. Der Lösungsvorschlag ist einfach: auch die Schöpfung von Buchgeld soll auf die Nationalbank beschränkt werden.

Interview mit der neuen Gemeinderätin

Auf Wolff folgt Leitner

Hast du dich bereits eingelebt?

Es dämmert mir langsam, dass ich nun Mitglied des Gemeinderats bin – und ein Mitglied der AL-Fraktion. Es wäre aber übertrieben zu behaupten, ich fühlte mich bereits als Gemeinderätin oder als vollwertiges Mitglied der Fraktion. Das kommt aber sicher noch. Im Moment bin ich schon dankbar,



wenn ich weiss, wovon die anderen reden und wenn ich die richtigen Dossiers für die Sitzungen studiert habe.

Die erste Gemeinderatssitzung war schon ein Erlebnis für mich, der schöne alte Saal, die Selbstverständlichkeit, mit der sich alle darin bewegen, die klaren Abläufe, der professionelle und ausserordentlich freundliche Parlamentarische Dienst. Gewöhnungsbedürftig ist nur, dass niemand aufmerksam zuzuhören scheint und dass man tatsächlich Kopfhörer verwenden muss, wenn man die Person eine Reihe vor einem verstehen will.

Was ist die grösste Herausforderung?

Ich spreche mehrere Sprachen hemmungslos mehr oder weniger virtuos, stehe Fremdsprachen ganz allgemein unverkrampft ge-

genüber. Der Polit-, Bau, Finanz- und Verwaltungsjargon, mit dem ich mich nun aktiv auseinandersetzen muss, schüchtert mich aber im Moment noch ein.

Vor dem ersten Mal, wenn ich im Gemeinderat eine Weisung vorstellen muss, graut mir ehrlich gesagt. Der Moment wird wohl bald einmal kommen und ich muss den Sprung ins kalte Wasser wagen. Mein persönliches Gemeinderätin-Initiationsritual – wenn ich unbeschadet wieder auftauche, werde ich mich vielleicht als Gemeinderätin bezeichnen.

Wie wirst du von der Fraktion aufgenommen?

So viel Wissen in einer so kleinen Fraktion versammelt ist schon sehr beeindruckend. Ich befinde mich plötzlich in Gesellschaft einer Gruppe richtiger Polit-Cracks, die allesamt nicht lange um den heissen Brei herumreden, während ich mir die passenden Worte noch zusammen klauben muss. Bis jetzt sind aber alle noch sehr hilfsbereit und verständnisvoll, obwohl keiner von ihnen die Geduld in Person ist.

Unsere Sitzungen bestehen aus einer gedrängten Traktandenliste, und Alecs drückt das Programm manchmal auch mit der Peitsche durch. Trotzdem muss ich sagen, ohne pathetisch klingen zu wollen: Ich fühle mich manchmal fast ein bisschen geehrt, dass ich mit vier solchen Persönlichkeiten zusammen arbeiten darf.

Wo und wofür machst du dich zukünftig im Gemeinderat stark?

Die Antwort darauf und noch mehr auf al-zh.ch/blog.html



Isabel Maiorano ist Vorstandsmitglied der AL-Zürich

Städtische Horte

Ausbau auf Kosten der Kinder und des Personals?

Isabel Maiorano | **Gestützt auf das Volksschulgesetz verlangt die Stadtzürcher Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung, dass für jedes Kind mit Bedarf ein Betreuungsplatz zur Verfügung steht.** Die Stadt hat dieses Angebot in den vergangenen Jahren stark ausgebaut. Angesichts knapper Finanzen drohen beim weiteren Ausbau jedoch starke Qualitätsabstriche.

Qualitätsabbau. Heute werden in der Stadt Zürich über 10'000 Kinder ab Kindergarteneintritt in 320 städtischen Horten betreut. Bis im Jahr 2020 rechnet das Schulamt mit einer Verdoppelung auf 20'000 Kinder. Dafür sind Investitionen von rund 200 Millionen sowie jährliche Mehrausgaben von 70 bis 100 Millionen Franken notwendig. Um die Kosten tief zu halten, sieht das Projekt «Erweiterte Tagesstrukturen» (ET) der Schulpräsidentenkonferenz folgende Massnahmen vor:

- Reduktion des Raumbedarfs pro Kind von 4m² auf 2m² (Raumstrategie)
- Erhöhung der Anzahl der Kinder pro Hortmitarbeiterin (neuer Betreuungsschlüssel)
- Tiefere Lohnkosten durch weniger qualifiziertes Personal und Kürzung der Ferien (neues Anstellungsreglement)
- Höhere Elternbeiträge (Unter anderem auch zur Reduktion der Nachfrage).

Verschlechterte Arbeitsbedingungen. Statt qualifizierte



Kundgebung der Horte Stadt Zürich vom 4. April 2013. (Foto VPOD)

HortleiterInnen werden künftig «Fachangestellte Betreuung» eingestellt, die deutlich weniger verdienen. Der Ferienanspruch soll von durchschnittlich sechs auf vier Wochen gesenkt werden; das entspricht einer Lohnreduktion von 2.1% bis 6.8%. Der VPOD hat gegen diese Schlechterstellung, die zu über 90 Prozent Frauen trifft, eine Diskriminierungsklage beim Bezirksrat eingereicht.

Sparprogramm ethisch nicht vertretbar. Mit der neu eingeführten Jahresarbeitszeit, der Festsetzung der Dienstpläne durch Vorgesetzte und der damit verbundenen Flexibilisierung (Einspringen bei ungeplanten Absenzen, nach Bedarf über die ganze Woche, Arbeiten in mehreren Horten etc.) wird die Qualität der Hortbetreuung tangiert. Der pädagogische Auftrag – der Aufbau einer Beziehung zum Kind als Grundlage für die Unterstützung seiner Entwicklung – kann mit wechselnden Be-

zugspersonen nicht mehr erfüllt werden. Mit dem neuen Betreuungsschlüssel und der Raumstrategie (mehr Kinder auf weniger Fläche mit weniger Personal) wird der Qualitätsabbau verschärft.

Finanziell dürfte sich das Projekt ET für die Stadt auszahlen. Bereits haben viele HortleiterInnen gekündigt oder gedenken dies noch zu tun. Zudem wird die geplante Erhöhung der Elternbeiträge Eltern vermehrt davon abhalten, die familienergänzende Kinderbetreuung zu nutzen.

Leider hat es die Stadt verpasst, bei diesem wichtigen Thema ein Zeichen zu setzen. Statt sich Gedanken zu machen, wie die nötigen Ressourcen bereitgestellt werden können, um bei gleichbleibender Qualität den Auftrag des Volksschulgesetzes umzusetzen, soll auf Kosten der Kinder und des Personals gespart werden.

Weitere Info auf ausbau-mit-qualität.ch



Judith Stofer ist Mitglied des Initiativkomitees der Bildungsinitiative

Neue kantonale Volksinitiative

Die Bildung soll und darf nicht zur Ware verkommen

Judith Stofer | **Es war 2009. Wieder einmal stand eine Erhöhung der Studiengebühren an der Uni Zürich zur Diskussion. Die Studierenden reagierten. Mit einer starken Protestbewegung verhinderten sie die geplante Verdoppelung.** Gleichwohl wurden die Studiengebühren auf 2012 erhöht, allerdings weniger hoch als geplant. Weitere Studiengebühren-Erhöhlungen waren aber weiterhin in Diskussion. Eine Gruppe Studierender beschloss, in die Offensive zu gehen. Damit war die Bildungsinitiative geboren, welche den kostenlosen Zugang zu allen öffentlichen Bildungseinrichtungen des Kantons Zürich für alle KantonsbewohnerInnen verlangt.

Ungerechte Verteilung der Lasten Ziel dieser Initiative ist es, eine Diskussion über den Wert von Bildung anzustossen. Für die InitiantInnen ist Bildung keine kostendeckende Ware, sie ist ein öffentliches Gut und eine staatliche Investition in die Zukunft. Bildung ermöglicht kritisches Denken, Bildung ist Grundlage dafür, dass unsere Demokratie funktionieren kann. Gerade für ein ressourcenarmes Land wie die Schweiz ist es wichtig, dass die öffentlichen Bildungsangebote für alle und kostenlos zugänglich sind. Gebühren und Kosten, die mit dem Besuch einer Bildungsinstitution anfallen, sind ungerecht, weil sie Personen mit tieferen Einkommen massiv stärker belasten als Personen mit hohem Einkommen. Man könnte nun einwenden, dass der Staat ja

exakt in solchen Fällen Stipendien ausrichtet. Stipendien sind aber nicht dazu da, um Erhöhungen von Studiengebühren zu legitimieren. Vielmehr sollen Stipendien einen Beitrag zur Deckung der Lebenshaltungskosten leisten.



telschülerInnen sollen die Studierenden aber ihre Bücher und Hilfsmittel weiterhin aus dem eigenen Sack berappen. Dies auch aus dem einfachen Grund, weil die Uni-, Instituts- und Zentralbibliotheken nach wie vor einen unschlagbaren

für die öffentliche bildung

Inhalt der Initiative Die Bildungsinitiative verlangt einen Zusatz von Artikel 115 (Bildungswesen) der Kantonsverfassung, welcher den kostenlosen Besuch der öffentlichen Bildungseinrichtungen des Kantons Zürich für alle im Kanton wohnhaften Kinder und Jugendlichen, Frauen und Männer garantiert. Künftig sollen Schullager, Musikunterricht, Ausflüge und Lehrmittel der Volks-, Berufs- und Mittelschulen kostenlos sein. Künftig soll auch der Besuch des Spezialgymnasiums für Sport und Kunst kostenlos werden, das heute eine jährliche Gebühr von 1400 Franken kostet. An den Universitäten und Fachhochschulen sind mit der Änderung weder Einschreibe-, Semester- noch Prüfungsgebühren zu bezahlen. Im Gegensatz zu den Berufs- und Mit-

Service bieten. Ausgenommen von der Gebührenbefreiung ist vorerst noch die berufsorientierte Weiterbildung. Das übergeordnete Bundesgesetz lässt eine Konkurrenz der öffentlichen Bildungseinrichtungen zu tieferen Preisen gegenüber den privaten nicht zu.

Initiative unterschreiben. Start der Unterschriftensammlung war Anfang Mai. Bis heute sind rund 2000 Unterschriften zusammengekommen. Ziel ist es, bis Ende September 8000 Unterschriften zu sammeln. Ich möchte euch bitten, die beigelegten Unterschriftenkarten zahlreich zu unterschreiben und so schnell wie möglich abzuschicken (Porto ist bereits bezahlt). Danke!

Weitere Info auf bizh.ch



Ernst Joss ist AL-Gemeinderat in Dietikon

Dietikon

Rauer Wind für Sozialhilfeempfänger

Ernst Joss | Seit einiger Zeit führt die SVP eine schweizweite Kampagne gegen die Richtlinien der SKOS (Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe). So forderte sie im Dietiker Gemeinderat den Austritt aus der SKOS. Die SVP-Motion wurde als Postulat überwiesen. Ein AL-Vorstoss, der Dietikon als Partner der Kulturlegi etablieren wollte, wurde dagegen abgelehnt.

Als Fachverband entwickelt die SKOS zusammen mit Kantonen, Gemeinden, Städten und privaten Organisationen Richtlinien für eine wirksame und humane Sozialhilfepraxis. Die SKOS Richtlinien sorgen für einheitliche Standards und Leistungen in der Sozialhilfe und verhindern dadurch Sozialhilfe-Dumping.

SVP bekämpft SKOS Richtlinien. Das Sozialhilfegesetz des Kantons Zürich erklärt die SKOS Richtlinien für alle Gemeinden als verbindlich. Ein Austritt hat somit faktisch keine Wirkung – ausser dass die Gemeinde ihr Mitspracherecht beim privaten Verein SKOS verliert. Man wolle ein Zeichen setzen, hiess es im Gemeindeparlament – ein Zeichen für weniger Sozialhilfe.

Dietikon hat einen hohen Anteil an Sozialhilfeempfängern und belegt einen Spitzenplatz im Kanton Zürich. Dadurch wird die Stadtkasse stark belastet. Es stellt sich darum die Frage, ob die Sozialhilfe nicht zur Bundessache erklärt werden soll. Damit könnte vermieden werden, dass Gemeinden Abwehrstrategien gegen Sozialhilfeemp-



Mit der Kulturlegi werden kulturelle Angebote subventioniert (siehe Kasten)

fangende entwickeln, wie das der Dietiker Stadtrat vor einem Jahr im Geschäftsbericht angekündigt hat.

AL-Postulat für Kulturlegi abgeschnitten. Personen am Rande des Existenzminimums können am gesellschaftlichen Leben kaum mehr teilnehmen. Für sie hat die Caritas die Kulturlegi geschaffen, mit der sie kulturelle Veranstaltungen mit einem Rabatt besuchen können. Sie sucht Partnergemeinden, welche die Kulturlegi abgeben und entsprechende Angebote subventionieren. Mit dem Nein von Stadt- und Gemeinderat zum AL-Postulat wird Dietikon leider nicht Partnergemeinde.

Das Ja zum Austritt aus der SKOS und das Nein zur Kulturlegi zeigen, welch rauer Wind den Schwachen in unserer Gesellschaft entgegenweht. Wir setzen uns für eine andere Mehrheit im Parlament ein.

KULTURLEGI

Dank der Kulturlegi profitieren Personen mit schmalen Budget von Vergünstigungen bei kulturellen Veranstaltungen, Sport und Bildungsangeboten sowie im Gesundheitsbereich. Das Angebot der Caritas wird im Kanton Zürich in 23 Gemeinden genutzt und über 360 Institutionen bieten gegen Vorweisen der persönlichen Legi einen Rabatt. Die Kulturlegi kann jeder beantragen, der Sozialhilfe, die Individuelle Prämienverbilligung (höchste bis dritthöchste Stufe), Zusatzleistungen zu AHV und IV oder ein Stipendium erhält sowie bei Lohnpfändung. Auf der Website kulturlegi.ch können alle Angebote mit einer praktischen Suchfunktion gefunden werden. Die Rabatte gehen von 30% bis 70%.

AL FINANZEN

Der Wahlkampf geht weiter, jetzt erst recht! Damit wir mit Biss dran bleiben können, sind wir dankbar für jede Spende: Alternative Liste Zürich, PC 87- 63 811- 5 IBAN: CH53 0900 0000 8706 3811 5



Judith Stofer und Walter Angst berichten aus den Räten

Starre Rituale und Lohndumping

Judith Stofer, Kantonsrätin | **Parlamentsarbeit ist Knochenarbeit und verlangt viel Geduld. Diese aufzubringen fällt einem nicht immer leicht.**

Alljährlich, zu Beginn des neuen Amtsjahres Anfang Mai, werden jeweils das Kantonsratspräsidium und die Geschäftsleitung gewählt. Das Präsidium umfasst PräsidentIn sowie erstes und zweites Präsidium und wird nach einem bestimmten Parteienproporz gewählt. Vor und nach den Wahlen gibt es mehr oder weniger gute Reden, viel Applaus, Cheese-Lächeln für die anwesenden Kameras und noch mehr Händeschütteln. Danach steht ein Apéro auf dem Programm. Vorgängig wird aber noch die lange Sponsorenliste heruntergebetet, wer was aus dem Kanton Zürich zum Apéro beigetragen hat.

Dieses starre, alljährlich wiederkehrende Ritual ist erträglich, weil es politisch unbedeutend ist. Weniger erträglich sind die erstarrten politischen Positionen. So geschehen ebenfalls Anfang Mai, als die Parlamentarische Initiative, die eine maximale Lohnschere bei der Zürcher Kantonalbank (ZKB) von 1:12 verlangte, von der bürgerlichen Mehrheit mit den ewiggleichen Argumenten abgeschmettert wurde. Eine solche Initiative sei «schädlich für die Wirtschaft» (SVP), eine «Krebszelle, die Metastasen bildend, sich in unserem Wirtschaftssystem weiter ausbreiten soll» (CVP), sie wolle ein «Lohnmonster bändigen, das gar keines ist» (SVP) und die FDP hat schlichtweg vollstes Vertrauen in die «Corporate Governance und die Strukturen der ZKB».

Am 24. November 2013 stimmen wir auf nationaler Ebene über die 1:12-Initiative ab und können die Lohnmonster bändigen!



Walter Angst, Gemeinderat | **Es gibt Momente, in denen man sich als Gemeinderat mit nicht so existentiellen Dingen beschäftigt.** Das gilt nicht für die Ausschreibung von Arbeiten der Stadtreinigung, die mich als Mitglied der Rechnungsprüfungskommission beschäftigt.

2012 haben die Leute um ERZ-CEO Urs Pauli eine Submission zur Abdeckung von Arbeitsspitzen durch einen privaten Anbieter eröffnet. Gesucht wurde eine Firma, die Personal zur Mithilfe auf Kehrmaschine, der Vorarbeit mit Besen (Vorwischer) beim Einsatz von Kehrmaschinen und allgemeine Reinigungsarbeiten ausführen. Im Februar 2013 hat der Stadtrat beschlossen, den 2,3-Millionen-

Auftrag zu 30 Prozent an die Paul Müller Gebäudereinigungs AG in Zürich und zu 70 Prozent an die b.i.g. Sicherheit und Services AG in Basel zu vergeben. Bei letzterer handelt es sich um einen deutschen Reinigungskonzern mit Niederlassungen in der Schweiz, Prag und Moskau.

Rückfragen der RPK haben ergeben, dass Stadtreinigung für im Stundenlohn angestelltes Personal im Minimum 21.76 Franken bezahlt. Der GAV für das Reinigungspersonal sieht für die gleiche Arbeit einen Minimallohn von 18.10 Franken vor. Was die beiden Firmen, die von der Stadt den Zuschlag erhalten haben, für ihre Dienste pro Stunde erhalten, darf ich nicht sagen. Auffallend ist jedoch, dass die Neuen den bisherigen Anbieter der Reinigungsdienstleistung – den Verein Jobbüro – um bis zu 45 Prozent unterboten haben.

Gewerkschafter/-innen der unia sagen, dass b.i.g. und Paul Müller AG mit dem Entgelt, das sie von der Stadt gefordert haben, auch die deutlich unter den städtischen Mindestansätzen liegenden Minimallöhne des GAV nie und nimmer auszahlen können. Ich nehme an, dass ERZ-CEO Pauli dies schon ahnte, als er den Auftrag ausgeschrieben war.

Ob die für die Stadtreinigung zuständige Ruth Genner und ihre acht Stadtrats-KollegInnen, die am 6. Februar 2013 den Lohndumper-Beschluss abgenickt haben, dies auch wussten, kann ich nicht beurteilen. Nichtwissen ist bei solchen Vorgängen aber eine Ausrede, die einem Stadtratsmitglied nicht gut ansteht.



Richi Blättler ist im Vorstand der AL Zürich

LiberAL?

Richi Blättler | **Der Begriff «liberal» ist durch die Neo-Liberalen und die Ökonomisierung der gesamten Politik in Verruf geraten.** In der Gesellschaftspolitik ist es klar: Die Liberalen sind auf der guten Seite, die AL ist gegen repressive Übergriffe, unnötige Verbote, Wegweisungen und so weiter.

Wie passe ich da rein als Suchtpräventionsspezialist? Unterdrücke ich die Rauchenden und zwingt sie auf die Strasse? Will ich der Jugend das billige Bier wegnehmen? Und wie passen Jugendschutz und Werbeverbote für Alkohol und Tabak zu einer liberalen Drogenpolitik? Ich habe mich dafür

eingesetzt, dass Ruth Dreifuss in Zürich die Arbeit der Global Commission on Drug Policy vorstellen konnte, die für ein Ende des gescheiterten Kriegs gegen Drogen kämpft. Können wir mit einer liberalen Drogenpolitik der Mafia den Schwarzmarkt abgraben? Weshalb dürfen wir uns sicherer fühlen als die Leute in Mexiko? Und was hat das mit Alkohol zu tun? Gab es nicht die ebenfalls gescheiterte Prohibition?

Darf ich als AL-Mitglied sagen, dass die liberale Suchtpolitik in der Mitte zu suchen ist? Dass eine staatliche Regulierung besser ist als ein Schwarzmarkt und auch

besser als Suchtmittel in unregulierten Händen von Industrie und Werbung? Es ist nicht einzusehen, warum Sportvereine von Suchtmittelherstellern gesponsert werden sollen und schon gar nicht, warum Cannabis von kriminellen Gruppen vermarktet werden soll, die im Waffenhandel und -einsatz tätig sind und keine Steuern zahlen. Liberal ist es, den Genuss wie auch die Selbstschädigung zuzulassen, aber der Schädigung anderer durch kluge Regulierungen entgegenzutreten. Niemand will Passivrauchen, niemand will Suchtmittel im Kindergarten und niemand will mir das Glas wegnehmen.

Referendum Lagerstrasse

Kein Millionen-geschenk an die SBB

Niklaus Scherr | **Gegen den 16.7 Mio-Kredit für den Ausbau der Lagerstrasse hat die AL das Referendum ergriffen. 8.9 Mio Franken – mehr als die Hälfte des Kredits – soll die SBB für die Abtretung eines Landstreifens kassieren.** Die AL befürwortet den Ausbau der Lagerstrasse für den Veloverkehr, sagt aber kategorisch Nein zu jeglicher Entschädigung an die SBB.

Dank einer massiven Aufzoning kann die SBB auf dem angrenzenden Europaallee-Areal viel dichter bauen als üblich und realisiert damit märchenhafte Wertsteigerungen und Landverkaufs-Profite (allein 200 Mio Franken für

den Verkauf einer Landparzelle an die UBS).

Unser Referendum ist eine Kampf-ansage an die profitorientierte Immobilienpolitik der SBB. Wir wollen damit den Kampf um die Abgeltung planerischer Mehrwerte vorantreiben. Die gleichen Fragen stellen sich auch bei der Umnutzung von SBB-Arealen andernorts, namentlich in Oerlikon, wo die SBB im Zug der von der Stadt mit 150 Mio Franken mitfinanzierten Aufwertung des Bahnhofs vier Hochhäuser plant.

Die Sammelfrist läuft bis zum 9. August. Infos und Unterschriftenbögen auf: al-zh.ch

AL AGENDA

Aktuelle Termine auf al-zh.ch/termine oder auf facebook.com/ALzuerich.

AL TERMINE

Freitag 24. August ab 20 Uhr und Samstag 25. August ab 14 Uhr Röntgenplatzfest mit AL-Bar.

Dienstag, 27. August 19 Uhr AL-Vollversammlung.

VV-Termine. Dienstags 24. Sept. / 22. Okt. / 26. Nov. / 17. Dez. jeweils 19h.

Vorstands-Termine. Di 27. Aug. / 10. Sept. / 1. Okt. / 5. Nov. / 3. Dez.

AL IMPRESSUM

Alternative Liste (AL)

Postfach 1005, 8026 Zürich

Homepage www.al-zh.ch

Sekretariat Dayana Mordasini
Molkenstr. 21, 8004 Zürich.

Mail sekretariat@al-zh.ch

Tel. 044 242 19 45

Erscheint 4 bis 6 mal jährlich

Auflage/Druck 2200 Ex.,
Druckerei Nicolussi, Zürich

Layout Joachim Oesch

Redaktion Dayana Mordasini,
Niklaus Scherr, Richi Blättler